



Wer Probleme verschweigt, öffnet den Raum für rechte Sprachspiele. Noch schwieriger wird es, wenn man die Existenz von Problemen bestreitet. Kürzlich erschien ein „Wörterbuch des besorgten Bürgers“, mit dem die Autoren kritisch darauf aufmerksam machen wollen, dass zunehmend rechtes Vokabular in den allgemeinen Sprachgebrauch einsickert. In der Tendenz haben sie vollkommen recht, Petrys Adjektiv „völkisch“ ist ja nur ein Beispiel von vielen. Aber auch hier schießen die Autoren mitunter übers Ziel hinaus. So wird zum Beispiel die Verwendung des Wortes „Flüchtlingskrise“ kritisiert. Die gebe es nämlich nur emotional, aber nicht tatsächlich. Die Anzahl an Flüchtlingen, die Deutschland aufgenommen habe, sei im Vergleich zum Libanon ein Witz. Ein schiefer Vergleich, der häufig zu hören ist. Meist aus dem Mund von abstrakten Idealisten, die nicht allzu nah dran sind an den Problemen des Alltags. Da wären Besuche in Schulen, Integrationskursen und bei der Arbeitsagentur zu empfehlen. Der Vergleich lässt all die Anstrengungen außer Acht, die derzeit hierzulande unternommen werden, um aus Schutzsuchenden Bürger zu machen, die Teil dieser Gesellschaft sind. Anders als im Libanon reicht es hier eben nicht, Geflohene in Zelten unterzubringen und sie dann sich selbst zu überlassen. Insofern war und ist die Flüchtlingswelle (Achtung: wieder ein verbotenes Wort!)

tatsächlich eine dramatische Ausnahmesituation, die in die Geschichte des Landes eingehen wird. Die Existenz einer Krise zu leugnen, heißt, all jene zu missachten, die Tag für Tag dicke Bretter bohren müssen, damit der Merkel-Satz „Wir schaffen das“ nicht völlig freischwebend bleibt. Und vor allem ist es völlig unpolitisch. Ja, es gibt eine Flüchtlingskrise, und warum sollten wir sie, wenn sogar das Jahrhundertprojekt Europa an ihr zu scheitern droht, in Anführungsstriche setzen?

Die postmoderne Linke hat sich zwei Jahrzehnte lang mit großer Leidenschaft der Sprachpolitik gewidmet und darüber mitunter ihr Kernanliegen aus den Augen verloren: die soziale Frage. Sie hat Unterstriche und Sternchen in Substantive eingebaut, um eine gendergerechte Sprache zu erfinden. Ein reines Elitenprojekt. Manchmal findet man in der Zeitung eine ganze Seite darüber, wie in den Universitäten darum gerungen wird, die Gesellschaft über die Grammatik zu verändern. Nach Flüchtlingskrise, Brexit und Trump wirkt das wie ein Gruß aus der Welt von gestern.

Jürgen Wiebicke

Philosoph, Journalist, Schriftsteller, Köln; bei WDR 5 moderiert er jeden Freitagabend „Das philosophische Radio“

Martin Rüttgers

## Die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“

Weniger Empörung, mehr Aufklärung bitte!



Während in Deutschland die „helle Seite“ der Zivilgesellschaft von Rekord zu Rekord immer höherer Engagementquoten eilt (Freiwilligensurvey 2014) und sich hierfür z.B. in Form von Ehrenamtspreisen und Aktionswochen zu Recht selbst feiert, tritt die dunkle(re) Seite der Zivilgesellschaft in Gestalt etwa von Pegida-Märschen, „besorgten Bürgern“ und rechtslastig-rassistischen Ehrenamtlern immer offensichtlicher aus dem Schatten von Wahlenthaltung oder Frustration. Blickt man auf die Ergebnisse des aktuellen Freiwilligensurveys, so könnte man sich ob der zuletzt stark gestiegenen Engagementquoten bequem und beruhigt zurücklegen in dem Gefühl, dass sich die Gesellschaft zunehmend aktiv in die Gestaltung der Zukunftsherausforderungen einbringt und damit Politik und Verwaltung entlastet.

Dieser Beitrag wurde bereits veröffentlicht im „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“ online am 26.08.2017 sowie im eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 2/2018 vom 13.07.2018

Laut Freiwilligensurvey sind die Engagementquoten in fünf Jahren von 2009 bis 2014 um mehr als ein Fünftel gestiegen, und zwar von 35,9 auf nunmehr 43,6%. Dies bedeutet, dass die Zahl der Engagierten in Deutschland in diesem Zeitraum um mehr als 20% von 24 auf knapp 31 Millionen angestiegen ist (Roth 2016). Tatsächlich zeigt sich die Stärke unserer

Zivilgesellschaft gerade etwa in dem für viele überraschend hohen Engagement für geflüchtete Menschen z.B. in den zahllosen Willkommensinitiativen, die seit 2014 und verstärkt dann 2015 wie Pilze aus dem Boden zu schießen schienen. Das Wachstum der Quoten des bürgerschaftlichen Engagements lässt sich hiermit aber nicht erklären, weil der Freiwilligensurvey nur das individuelle Engagement bis zum Jahr 2014 abgefragt hat. Einen Erklärungsansatz bietet Roland Roth, der die Methoden und die Befragungskriterien des Freiwilligensurveys analysiert hat: „Die Spurensuche führt zu einem



neu entwickelten Kriterienkatalog, der Tätigkeiten dann als Engagement wertet, wenn sie aktiv, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich ausgeübt werden. Verzichtet wird dabei explizit auf die Dimensionen ‚Freiwilligkeit‘ und ‚Gemeinwohlorientierung‘. Vor allem der Verzicht auf die Gemeinwohldimension ist folgenreich, geht es doch um ein entscheidendes Merkmal der gesamten Engagementdebatte.“ (Ebenda, S. 2)

## „Dunkles Engagement“ statt Gemeinwohlorientierung

Folgenreich ist jener Verzicht vor allem unter dem Gesichtspunkt des Einordnens von zivilem, bürgerschaftlichem Engagement in Abgrenzung zu unzivilem, exkludierendem oder gar rassistisch-menschenfeindlichem „Engagement“. Es kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass die hohen und ermutigenden Engagementquoten des Freiwilligensurveys zum Teil auch auf entmutigender Zunahme nicht gemeinwohlorientierten Ehrenamts mit braunem Beigeschmack basieren. Kontrastiert wird der positive Befund des Freiwilligensurveys mit den seit 2014 verstärkt mobilisierenden „Bürgerbewegungen“ wie Pegida in Dresden oder ihren Ablegern in zahlreichen Städten dieser Republik. Dieses „dunkle Engagement“ korrespondiert ferner mit der stark gestiegenen Anzahl an Angriffen und Übergriffen auf Asylbewerber-Unterkünfte im Jahr 2015 auf über 1.000 Straftaten wie Brandstiftung, Hakenkreuz-Schmierereien oder Sachbeschädigungen.

Das Verdienst des Forschungsjournal neue soziale Bewegungen war es seinerzeit, bereits im Jahr 2008 unter dem Titel „Rechtsradikale Zivilgesellschaft“ (Forschungsjournal NSB, 4/2008) auf jene dunklen Seiten von „Ehrenamt“ und „bürgerschaftlichem“ Engagement hinzuweisen und nachzuweisen, dass die Konzeptualisierung des Begriffs Zivilgesellschaft entscheidend ist, um diese Schattenseiten von Engagement analysieren zu können. Begreift man Zivilgesellschaft rein bereichslogisch als Sphäre jenseits von Staat, Wirtschaft und Familie, so ließe sich rassistisch unterlegtes Engagement etwa im Sportverein oder im Elternbeirat bzw. das Wirken rechtsradikaler Vereine (als Organisationen des Dritten Sektors) durchaus als zivilgesellschaftlich definieren. Demgegenüber wird das handlungslogische Konzept von Zivilgesellschaft „als ein Ensemble von Interaktionen verstanden, die auf das Gemeinwohl zielen, gewaltfrei sind und auf der Anerkennung des Anderen beruhen“. (Theune 2008, S. 18) Nur unter diesen normativen Bedingungen lässt sich ein „Ehrenamt“ eines Rassisten z.B. im Sportverein, der sein Engagement ausschließlich für vermeintliche „Biodeutsche“, nicht aber für Menschen mit Migrationsgeschichte leistet, als Widerspruch zum zivilgesellschaftlichen Engagement begreifen.

Um den analytischen Blick auf unzivile und pseudo-bürgerschaftliche Engagements zu schärfen, fordert Richard Gebhardt eine Konfrontation mit den zahlreichen Widersprüchen rechtspopulistischer „Bürgerbewegungen“ an Stelle einer Beteiligung an Empörungsspiralen (Gebhardt 2016). So richtig

und wichtig es ist, klar und eindeutig Position zu beziehen gegen rechte, rassistische und menschenverachtende Einstellungen und Handlungen, so notwendig bleibt es, mit kühlem Kopf ebene Widersprüche rechter Bewegungen zu analysieren. Neben den programmatischen Widersprüchen z.B. im Parteiprogramm der AfD (v.a. mit Blick auf deren Positionen zu Finanz-, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik sowie zur Verteidigungspolitik) fallen demokratiepolitische Widersprüche ins Gewicht, die stärker gerade auch von der wachsenden „Partizipationszene“ hierzulande thematisiert werden sollten. Dies gilt z.B. für das Eintreten von Rechtspopulisten für mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild bei gleichzeitiger Proklamation des Abbaus von Bürgerrechten und Partizipationsmöglichkeiten für Menschen, die eher artikulationsschwach und die Diskriminierungen in Deutschland ausgesetzt sind.

## Mehr Kooperation wagen!

Neben dem kühlen Kopf zur Analyse ist darüber hinaus mehr praxisbezogene Zusammenarbeit zur Stärkung der (lokalen) Demokratie in Deutschland erforderlich. In diesem Kontext plädiere ich für deutlich mehr Kooperation der Akteure desjenigen Teils der Zivilgesellschaft, der sich für Bürger-, Minderheiten- und Menschenrechte einsetzt. Das bürgerschaftliche Engagement sollte als Brücke zwischen den diversen Milieus, Schichten und Gruppen dieser Gesellschaft fungieren. Damit dieses brückenbauende Engagement in Politik und Gesellschaft wirkungsvoller werden kann, braucht es mehr Wille zur Kooperation und Synergie. Ein Beispiel aus der Praxis soll illustrieren, wo es innerhalb der zivilgesellschaftlichen Akteurs-Szene noch hapert mit der Analyse- und Kooperationsbereitschaft.

**Engagementinfrastruktur:** Die Bedeutung von Infrastruktur-einrichtungen, die bürgerschaftliches Engagement fördern, beraten, qualifizieren und entsprechende Projekte entwickeln, wird zu Recht hoch eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Forderung nach dauerhafter, langfristiger Finanzierung etwa von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen oder Mehrgenerationenhäusern an Plausibilität, und es bleibt nach der erfolgten Regierungsbildung abzuwarten, ob die eingeforderte nachhaltige Finanzierung etwa im Rahmen eines Bundesgesetzes umgesetzt wird. So innovativ diese engagementfördernden Einrichtungen sind mit Blick auf Bereiche wie Bildung, Kultur, Umwelt oder Integration, so unzureichend ist deren Bereitschaft, an zentralen (Bundes-)Programmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus teilzunehmen.

Ein Blick etwa in die Zwischenbilanz des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, das staatlichen Behörden und Kommunen, aber auch zivilgesellschaftlichen Organisationen beträchtliche Finanzmittel zur Strategie- und Projektentwicklung gegen Rechts zur Verfügung stellt, zeigt eine ernüchternde (Nicht-) Teilnahme der viel gelobten Engagementinfrastruktur. Lediglich eine Freiwilligenagentur, nämlich die in Halle/Saale, partizipiert aktiv am Bundesprogramm (Strategie der Bundesregierung



zur Extremismusprävention und Demokratieförderung 2016), obwohl eine wichtige Programmsäule in 265 Kommunen sogenannte „Partnerschaften für Demokratie“ etablieren hilft – mithin also die lokale Ebene, an der Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros oder Bürgerstiftungen zunehmend als wichtige Player die Kommunalentwicklung mitgestalten.

## Perspektiven verstärkter Kooperation

Um die Synergien zwischen den einzelnen demokratie-stärkenden Akteurskonstellationen zu verbessern, werden abschließend Perspektiven verstärkter Kooperation skizziert. Zu beachten ist dabei, dass die Akteure vielfach sehr stark versäult innerhalb ihrer jeweiligen Milieus agieren und nur punktuell mit benachbarten Akteursnetzen interagieren.

### Öffnung von Netzwerken gegen Rechts für Akteure der Engagementförderung in den Bundesländern und in den Kommunen

In den 16 Bundesländern arbeiten seit rund 10 Jahren sogenannte Beratungsnetzwerke, in denen staatliche und nicht-staatliche zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsame Interventions- und Beratungsstrategien bei rechtsextremen Vorfällen erörtern. Vertreter von Fachressorts der jeweiligen Landesregierungen arbeiten hier auf Augenhöhe mit Landesverbänden und Netzwerken der Zivilgesellschaft zusammen, so z.B. die Dachverbände aus den Bereichen Kultur, Sport, Jugend und Wohlfahrt. Auffällig ist hierbei, dass zentrale Akteure der Engagementförderung zumindest in westdeutschen Beratungsnetzwerken deutlich unterrepräsentiert bzw. nicht vertreten sind. Ähnliches lässt sich für die kommunale Ebene feststellen. In (zu) vielen der 265 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ spielen engagementfördernde Einrichtungen kaum eine Rolle. Dies sollte sich grundlegend ändern, zumal das bis Ende 2019 laufende Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in seiner aktuellen Förderrichtlinie explizit die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und zudem Jugendpartizipation hervorhebt. Der Blick auf die Genese der seit 2001 aufgelegten Bundesprogramme zur Prävention von Rechtsextremismus zeigt, dass es gerade erwünscht ist, die Brücke zu schlagen zwischen den antifaschistischen Initiativen und Bündnissen gegen Rechts und den auf langfristige Prävention und Empowerment setzenden Projekten für eine starke und vielfältige Demokratie (vor Ort).

### „Partizipation dort, wo es weht!“

Analog zur Öffnung von Netzwerken gegen Rechts sollte umgekehrt auch der Versuch unternommen werden, Partizipationsprojekte zu öffnen für Fragestellungen und Bereiche, die besonders heikel oder kontrovers erscheinen und in denen bevorzugt Rechtspopulisten agitieren und hetzen in der Annahme, den „Volkswillen“ effektiv mobilisieren zu können. Beteiligungsverfahren und Partizipationsmethoden sollten mithin verstärkt konzipiert und umgesetzt werden, z.B. bei Strategien der Inte-

gration von Migranten oder auch im Vorfeld der Planungen zu Flüchtlingsunterkünften. In diesen Anwendungsbereichen von Partizipation und Teilhabe liegen zudem ermutigende Beispiele aus der Praxis vor. Als good practice kann auf die sogenannten „Bürgerräte“ – als Modellprojekt partizipativer Demokratie im österreichischen Bundesland Vorarlberg – verwiesen werden. Dieses landesweit organisierte Beteiligungsverfahren wird zweimal jährlich von der dortigen Landesregierung einberufen, um die Vorarlberger Bevölkerung bei wichtigen Fragestellungen der Landesentwicklung einzubinden. So spielte die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen auch in Vorarlberg in den letzten Jahren eine wichtige Rolle. 640 Personen wurden im Juni 2015 aus dem Melderegister per Zufallsprinzip ausgewählt und zum landesweiten Bürgerrat zum Asyl- und Flüchtlingswesen in Vorarlberg eingeladen. In zwei öffentlichen Bürgercafés wurden die Ergebnisse des Bürgerrats der interessierten Bevölkerung und den politischen Entscheidungsträgern präsentiert, diskutiert und um die Eindrücke und Erfahrungen der Anwesenden bereichert. Der Bürgerratsbericht umfasst die Ergebnisse der drei Veranstaltungen und ist damit die Grundlage für die Befassung der Landesregierung mit dem Thema, welche die Ergebnisse zudem an den Landtag und die Vorarlberger Gemeinden weiterleitete. Im Herbst 2015 erfolgte auf Basis dieser Befassung eine ausführliche Rückmeldung zu getroffenen bzw. zu treffenden Maßnahmen von Seiten der Landesregierung.

Die Stimmberechtigten in Vorarlberg haben bei der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten Ende 2016 mit 62,5% überdurchschnittlich hoch für den Kandidaten Van der Bellen und gegen den Rechtspopulisten Hofer gestimmt. Inwieweit die Verankerung von Partizipationsverfahren wie dem Bürgerrat in der Landesverfassung korreliert mit diesen vergleichsweise antipopulistischen Wahlergebnissen, wäre eine lohnende Forschungsfrage für künftige empirische Partizipationsstudien und Evaluationen.

Martin Rüttgers

Institut für Politikberatung & Forschung, Bad Honnef

### Quellen:

- Büro für Zukunftsfragen (2014): Bürgerräte in Vorarlberg. Eine Zwischenbilanz.
- Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen (2008): Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt, Heft 4 /Dezember 2008.
- Gebhardt, Richard (2016): „Bitte wählen Sie nicht AfD“ – Der hilflose Antipopulismus und die gespaltene Republik. In: Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrup (Hrsg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, S. 201-219.
- Klein, Ansgar (2016): Räume der Selbstwirksamkeit als Orte demokratischen Lernens – Herausforderungen der Engagement- und Demokratiepoltik als zivilgesellschaftlicher Strukturpolitik und Gesellschaftspolitik, in: BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 23/2016.
- Roth, Roland (2016): Gewinnwarnung – Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014, in: BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 10/2016.
- Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung 2016.
- Theune, Simon (2008): Rechtsradikale Zivilgesellschaft – contradictio in adiecto?, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen: Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt, Heft 4/Dezember 2008.